

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	13.09.2021
Unterausschuss Stellenplan	15.09.2021
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	21.09.2021

Geschlechterdifferenzierter Bericht über Stellenhebungen und -abwertungen zum Stellenplan 2022

Mit Beschluss vom 06.02.2012 hat der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales (AVR) die Verwaltung beauftragt, zum Stellenplan geschlechterdifferenziert über Stellenhebungsanträge und erfolgte Stellenhebungen je Laufbahn zu berichten.

Der Bericht umfasst die Stellenhebungen und -abwertungen in der Kernverwaltung und den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen.

Gesamtstädtisch wurden 851,97 Hebungs- und Abwertungsanträge im Zeitraum September 2019 bis August 2021 betrachtet. Basis zur Berechnung der Gesamtzahl war die Anzahl der bewerteten Stellen.

Die Anzahl der abgeschlossenen Stellenüberprüfungen fällt im Verhältnis zum vorangegangenen Berichtszeitraum geringer aus. Grund hierfür ist die Corona-Pandemie, da aufgrund der wiederholten Lockdowns und hohen Inzidenzzahlen Prüfungen und Interviews vor Ort stark beeinträchtigt waren. Auch war das stellenbewertende Personal über lange Zeiträume mit vorrangigen Aufgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie betraut.

Aufgenommen in die Auswertung wurden:

- Anträge der Dienststellen zum Stellenplan 2022 und zurückgestellte Fälle aus Vorjahren sowie
- Anträge für Beschäftigtenstellen, die im Zeitraum September 2019 bis August 2021 abschließend bearbeitet wurden.

Von den insgesamt rund 852 Bewertungsfällen wurden rund 437 antragsgemäß und rund 287 nicht antragsgemäß entschieden. Antragsgemäß in diesem Sinne bedeutet, dass einer beantragten Stellenhebung oder -abwertung gefolgt werden konnte. Nicht antragsgemäß entschieden wurde, wenn die bestehende Bewertung bestätigt oder eine niedrigere Bewertung als sachgerecht festgestellt wurde.

Es wurden insgesamt 128 Fälle zurückgestellt oder zurückgezogen, sodass sie zum Stellenplan 2022 ohne Ergebnis bleiben.

Die Gesamtzahl der Anträge verteilt sich zu 29 Prozent auf Beamtinnen- und Beamtenstellen, Stellen für Beschäftigte wurden zu 71 Prozent betrachtet. Im vorangegangenen Berichtszeitraum war die Verteilung umgekehrt gewichtet (69 Prozent Beamt*innen- und 31 Prozent Beschäftigtenstellen).

45 Prozent der insgesamt betrachteten Stellen waren zum Zeitpunkt der Antragstellung mit Frauen besetzt, 34 Prozent mit Männern. Die übrigen 21 Prozent der Stellen waren vakant. Damit ist der An-

teil der mit Frauen besetzten betrachteten Stellen um 10 Prozentpunkte gegenüber dem letzten Berichtszeitraum gestiegen, der Anteil bei den Männern in etwa gleich geblieben (31 Prozent).

Die zum Zeitpunkt der Antragstellung mit Frauen beziehungsweise Männern besetzten Stellen verteilen sich wie folgt auf die Laufbahngruppen

- Laufbahngruppe 1: Frauen: 50%; Männer: 42%,
- Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt: Frauen: 42%; Männer: 42% und
- Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt: Frauen: 8%; Männer 16%.

Bei den Männern ist der prozentuale Anteil der betrachteten Fälle in der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt an der Gesamtzahl der betrachteten Fälle doppelt so hoch, in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt gleichhoch und in der Laufbahngruppe 1 um acht Prozentpunkte niedriger.

Anträge bezüglich mit Frauen besetzten Stellen, wurden zu 51% antragsgemäß entschieden, bei den Männern zu 52%. Hier ist ein ausgewogenes Verhältnis festzustellen.

Der Anteil der antragsgemäß entschiedenen Fälle mit weiblichen Stelleninhaberinnen an der Gesamtzahl der antragsgemäß entschiedenen Fälle beträgt 45%, der mit männlichen Stelleninhabern hingegen nur 34%.

Der Anteil der nicht antragsgemäß entschiedenen Fälle an den von mit Frauen besetzten Stellen beträgt 33%; bei mit männlichen Stelleninhabern besetzten Stellen ist dieser Wert mit 27% etwas niedriger.

Anlage 1 stellt das Gesamtergebnis in Tabellenform dar.

Gez. Blome